

Aide-Mémoire aus Anlass des Gespräches mit Außenministerin Annalena Baerbock am 27. August 2024

Organisation: Gesellschaft für bedrohte Völker (in Zusammenarbeit mit Stiftung Asienhaus) und andere

Myanmar

Seit dem Putsch im Februar 2021 wurden über 26.800 Menschen verhaftet und mindestens 5.270 Menschen durch die Junta getötet (Assistance Association for Political Prisoners, Stand 1. Juli). Die Zahl der Binnenvertriebenen ist seit dem Putsch auf 3,1 Millionen Menschen gestiegen. Die meisten von ihnen leben in behelfsmäßigen Flüchtlingslagern (Stand Juni 2024). Eine Generation von Kindern hat jahrelang keinen Zugang zu Bildung. Hunger und Armut breiten sich auch außerhalb der Lager rasant aus. Laut dem Humanitarian Response Plan 2024 sind ein Drittel der Bewohner:innen Myanmars auf humanitäre Hilfe angewiesen. 10 Millionen Menschen fehlt es an Gesundheitsversorgung, während über 15 Millionen unter Ernährungsunsicherheit leiden.

Der Zusammenbruch der staatlichen Infrastruktur und die Einschränkung der Räume für Zivilgesellschaft schreiten voran. Die Junta scheint weder willens noch in der Lage zu sein, in den von ihr kontrollierten Gebieten staatstragende Funktionen auszuüben. Das Militär hat derzeit Zugriff auf weniger als 50% des Landes und reagiert darauf unter anderem mit gezielten Luftangriffen auf zivile Ziele in den nicht-kontrollierten Gebieten. Der Rest des Landes wird von verschiedenen aufständischen Bewegungen und Ethnic Armed Organisations kontrolliert, die sich teilweise auch untereinander bekämpfen. In manchen Regionen werden bereits parallele Administrationssysteme aufgebaut. Zivilgesellschaftliche Organisationen agieren in weitgehender Rechtsunsicherheit mit zum Teil hohen persönlichen Risiken für die Mitarbeitenden.

Die Junta aktivierte Anfang 2024 die allgemeine Wehrpflicht, nachdem sie an verschiedenen Fronten unter Druck geriet. Männer im Alter von 18 bis 35 Jahren und Frauen im Alter von 18 bis 27 Jahren sollen zwei Jahre lang dienen. Während eines nationalen Ausnahmezustands, wie er seit 2021 im Land herrscht, könnte der Dienst auf bis zu fünf Jahre verlängert werden.

Das Militär rekrutiert immer mehr Minderjährige, 1.102 Fälle sind im aktuellen Bericht des UN-Generalsekretärs zu Kindern in bewaffneten Konflikten dokumentiert, der zweithöchste Wert weltweit. Auch Oppositionsgruppen haben laut UN-Bericht Minderjährige als Soldat:innen rekrutiert. Außerdem wurden letztes Jahr über 800 Kinder getötet oder verletzt, es kam zu 154 Angriffen auf Schulen und Krankenhäuser und über 400 Vorfällen, in denen humanitäre Hilfe verhindert wurde. Insgesamt wurden 2.800 schwere Kinderrechtsverletzungen registriert, der dritthöchste Wert weltweit. Für 85% davon waren die staatliche Armee und ihre Verbündeten und damit die Junta verantwortlich.

Es ist unklar, für welchen Teil des Widerstands das oppositionelle National Unity Government sprechen kann. Debatten über die Bedeutung von Minderheitenrechten und Föderalismus halten an, während ihr Dialog mit den Ethnic Armed Organisations und Minderheiten intensiviert wird. Im Oktober 2023 traten mit der Operation 1027 drei der größten und organisiertesten Milizen dem Kampf gegen die Junta bei. An dieser neuen Front, hauptsächlich im Shan State in der Grenzregion zu China, verlor das Militär Stützpunkte und weite Teile seines Gebiets. Im Rahmen dieser Kämpfe kam es allerdings auch zu hunderttausenden Binnenvertriebenen. Besonders schwer trifft es erneut die Rohingya, die in Rakhine State zwischen dem Militär und der Arakan Army eingekesselt sind. Dabei begehen beide Seiten Verbrechen gegen die Menschlichkeit und zwangsrekrutieren junge Rohingya. Buthidaung ist bereits vollständig zerstört worden und Exilorganisationen berichten, die Lage sei mindestens so gravierend wie im Jahr 2017.

Die Ausbreitung der Kämpfe und die Furcht vor einer möglichen Zwangsrekrutierung verstärken die Flüchtlingsströme in die Nachbarländer merklich. Auch dort sind die Geflüchteten einer Reihe von Gefahren ausgesetzt. Die Situation in den dortigen Lagern bleibt prekär. Die Bereitschaft mehr Menschen aufzunehmen, nimmt in Thailand, Indien und Bangladesch mit zunehmendem Bedarf ab.

In Thailand befinden sich zudem viele Geflüchtete in einer jahrelangen Warteschleife: Sie leben dort ohne Papiere, können nicht arbeiten oder eine Wohnung mieten. Auch eine große Anzahl qualifizierter Personen ist betroffen, wie beispielsweise Ärzt:innen, die aufgrund ihrer Arbeit in Myanmar verfolgt werden. Es gibt immer mehr Menschen, deren Pässe auslaufen und die potenziell von Staatenlosigkeit bedroht sind.

In Bangladesch ist die Lage in den Lagern weiterhin katastrophal. Anhaltende Gewalt, Polizeiwillkür und die ständige Kürzung der Nahrungsmittelrationen sorgen für eine Zuspitzung der Situation. In diesem Umfeld wird weiter über eine Rückführung der Rohingya nach Myanmar verhandelt. Das Recht auf Rückkehr der Rohingya

ist unbestritten, aber eine Rückführung kann immer nur freiwillig, wohlbedacht und in sichere Umstände erfolgen.

Weiterhin ist eine Verschiebung der internationalen Hilfsmaßnahmen sichtbar, die sich stärker in der UN fokussieren. Dabei wird die durch die UN implementierte Hilfe im Land als wenig hilfreich empfunden. Nach aktuellen Angaben von vor Ort fließen 80% der internationalen Mittel in Gebiete, die vom Militär kontrolliert werden und nur 20% verbleiben für Gebiete, die es für einen Wiederaufbau dringend benötigen. Gleichzeitig kontrolliert das Militär die Banken und Devisen müssen zu einem festen Wechselkurs umgetauscht werden, über den sich die Junta weiter bereichert. Einerseits ist dies eine nicht effiziente Verwendung der Hilfsgüter, andererseits wird so dem Militär ein zusätzliches Druckmittel in die Hand gegeben.

Konkrete Anfragen bzw. Empfehlungen:

Wir bitten die Bundesregierung:

- den Umfang der Humanitären Hilfe für Myanmar aufzustocken und bei ihrer Verteilung verstärkt lokale NGO in Kooperation mit internationalen Partner:innen einzubeziehen, um der humanitären Katastrophe im Land zu begegnen und dem Militär die Kontrolle über die Hilfsgüter zu entziehen.
- auf einen uneingeschränkten Zugang von Hilfsorganisationen zur Bevölkerung für die Durchführung von humanitärer Hilfe und von Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit hinzuwirken.
- im Rahmen der Arbeit des Auswärtigen Amts und des BMZ in der Bereitstellung humanitärer Hilfe und der Durchführung von Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit wieder verstärkt mit NGOs zu kooperieren, die vor Ort bessere Handlungsmöglichkeiten besitzen.
- im Rahmen der Arbeit des BMZ und des Auswärtigen Amts eine Flexibilisierung der Zahlungsmodalitäten deutscher Hilfsorganisationen in die Region entsprechend den gegebenen Umständen und Koordination (über den Nexus-Chapeau-Ansatz) weiter zu ermöglichen.
- im Rahmen der deutschen und europäischen Außenpolitik Einfluss auf Bangladesch, Indien und Thailand zu nehmen, um die Situation von myanmarischen Geflüchteten in den Nachbarländern zu verbessern und ihnen und den aufnehmenden Gemeinden Unterstützung zu gewähren.
- sich dafür einzusetzen, dass eine Rückführung der Rohingya nur gemäß den humanitären Prinzipien und freiwillig erfolgen kann. Dabei sollte sie sich für eine Verbesserung der Lebensbedingungen der zahlreichen in Lagern lebenden Binnenvertriebenen in Myanmar einsetzen.
- sich für breitere Sanktionen von Waffenlieferungen einzusetzen, auch da, wo sie andere Konfliktparteien betreffen, die Menschenrechte missachten und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begehen.
- sich für ein globales Waffenembargo gegen die Militärjunta einzusetzen, das auch ein Exportverbot von Flugbenzin und dual-use Gütern einschließt, und auf Drittstaaten, die noch Waffen nach Myanmar liefern, einzuwirken, diesen Handel unmittelbar einzustellen.
- sich für eine stärkere internationale Koordinierung der Sanktionen gegen die Militärjunta einzusetzen. Alle Sanktionen sollten darauf zielen, die militärischen Mittel der Junta einzuschränken, ohne dabei die humanitäre Situation der Zivilbevölkerung zu verschlechtern.
- sich für einen Verweis der Situation in Myanmar an den Internationalen Strafgerichtshof durch den UN-Sicherheitsrat einzusetzen und das bestehende Ermittlungsverfahren zu unterstützen, um die Straflosigkeit des Militärs zu beenden.
- sollten die durch das Militär geplanten sogenannten Parlamentswahlen stattfinden, diese in Abstimmung mit der EU und ihren Mitgliedsstaaten genau zu beobachten und Verletzungen internationaler Wahlstandards ausdrücklich zu benennen.
- die Verbindungen deutscher Unternehmen, insbesondere im Bereich der Überwachungstechnologie, mit der Militärjunta zu untersuchen. Dabei sind die bestehenden Sanktionen umzusetzen und die Konformität mit dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz zu beachten.
- ihre Kontakte zu allen Akteuren der myanmarischen Demokratiebewegung und der zivilen Konfliktbearbeitung auszubauen. Im Sinne der feministischen Außenpolitik sollte dabei besonders auf die Einbindung von Frauen sowie ethnischen und religiösen Minderheiten geachtet werden.